

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüch, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. B. B. jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 291

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtig, Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Druckgebühren 10 Reichspfennig und Porto.

Halver

Donnerstag, den 12. Dezember

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und am Abend.“

1929

Finanzprogramm u. Vertrauensvotum

Die Regierung bleibt fest.

Der Standpunkt der Parteien zur Steuerreform.

Das Reichskabinett beschloß, wie verlautet, in seiner Sitzung am Mittwoch, daran festzuhalten, daß das Finanzprogramm als Ganzes unverändert angenommen werden muß und daß sie mit dem Finanzprogramm stehe und falle; sie wird die Entscheidung „in offener Feldschlacht suchen“, indem sie nicht nur die unveränderte Annahme des Finanzprogramms, sondern auch die Befundung des ausdrücklichen Vertrauens des Reichstages für ihre Gesamtpolitik einschließlich des Finanzprogramms fordert. Wie weiter verlautet, hat das Kabinett diesen Beschluß einstimmig gefaßt und wird die Erklärung über das Finanzprogramm am Donnerstag im Reichstag abgeben.

Der Reichstanzler bemühte sich in einer langen Besprechung mit den Fraktionsführern, diese zu einer Annahme wenigstens der Grundzüge des Reformprogramms zu veranlassen. Der Vorschlag ist aufgetaucht, das von der Regierung verlangte Vertrauensvotum in der Hauptsache auf eine Billigung der Gesamtpolitik des Kabinetts zu beschränken und daneben die Notwendigkeit einer gründlichen Finanzreform kurz zu betonen.

Der große Finanzreformplan der Regierung ist bei seiner Durchberatung innerhalb der Fraktionen der Regierungskoalition sehr schnell auf die größten Schwierigkeiten gestoßen. Es gibt keine einzige Partei, die ihm unbedingt zustimmt. Vermehrt werden diese Schwierigkeiten noch dadurch, daß ein Teil des Reformprogramms, nämlich die Heraushebung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung sowie die Erhöhung der Tabaksteuer, bis zu den Weihnachtsferien des Reichstages durchberaten und angenommen sein soll, damit beide am 1. Januar 1930 in Kraft treten.

Für dieses „Sofortprogramm“ ausgesprochen hat sich aber nur die Bayerische Volkspartei, während die Deutsche Volkspartei mit der sofortigen Erledigung dieser beiden Steuervorlagen, vor allem mit der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, sich nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärte, daß dieses „Sofortprogramm“ nicht gesondert, sondern mit den anderen Steuervorlagen erledigt wird.

Start ist der Widerstand gegen das Finanzprogramm der Regierung auch bei der Sozialdemokratie. Der Regierung wird entgegengehalten, daß diese Vorschläge viel zu unbestimmt seien, als daß sie zur Grundlage eines Vertrauensvotums für die Regierung gemacht werden könnten, durch das besonders die Sozialdemokratische Partei gebunden wäre. Hingegen scheint die Fraktion bereit zu sein, der Regierung für die Fortführung der bisherigen Politik nach außen hin ihr volles und bindendes Vertrauen auszusprechen, um sie für die Erledigung des Young-Plans auf der Haager Konferenz zu stützen.

Die Steuerpläne.

Man darf als ziemlich sicher annehmen, daß es sich bei den einsehenden Reichstagsberatungen über die große Steuer- und Finanzreform in großen Umrissen um drei Gruppen handelt: Steuererhöhungen, Steuerentfaltungen, Finanzausgleich.

Um das Unangenehme, die Steuererhöhungen, vorwegzunehmen, so handelt es sich dabei bekanntlich um die Heraushebung der Biersteuer um 50 Prozent, also um etwa 5 Mark pro Hektoliter. Dieser Vorschlag, der eine um 160 Millionen vermehrte Steuereinnahme erbringen soll, war vom jetzigen Reichsfinanzminister bereits im Frühjahr bei den Staatsberatungen gemacht, damals aber

abgelehnt worden. Der zweite ist die Erhöhung der Steuer auf die Zigaretten, und zwar der Bandrolen- ebenso wie der Materialsteuer, ferner auf den Rauchtobak, nicht aber auf die Zigarre. Hinzu kommt der Vorschlag einer Kontingentierung in der Zigarettenindustrie, also einer Verteilung der Erzeugung auf die einzelnen Fabriken. Und schließlich ist als ganz neue Steuer geplant: jedes wahlberechtigte Mitglied einer Gemeinde soll einen Verwaltungskostenbeitrag zahlen, der natürlich gestaffelt ist nach bestimmten steuerlichen Gesichtspunkten und dessen Ertrag eben nur den Gemeinden zufällt. Schön ist der Name nicht, den man ihm schon gegeben hat: Kopfsteuer. Abzuziehen soll sie in ein bestimmtes Verhältnis zu den sonstigen Gemeindefiscalsteuern, also vor allem den Gewerbe- und Grundsteuern gebracht werden. Wieviel diese Belastung erbringen wird, läßt sich heute auch nicht annähernd sagen. Die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer soll einen Mehretrag von etwa 400 Millionen erbringen, so daß man bei diesen Steuern auf eine Gesamteinnahme von etwa 1,75 Milliarden rechnet.

Angenehmer zu hören ist die Kunde von den Steuerentfaltungen. Bloß wird es ziemlich lange, nämlich volle drei Jahre, dauern, bis sie ihre letzte Stufe erreicht haben. Das gilt aber nur für die Heraushebung der untersten Grenze bei der Einkommenbesteuerung, die in diesen drei Stappen erfolgt, während es bei der Industrieobligationensteuer sogar fünf Jahre dauert, bis sie ganz aufgehoben ist. Der steuerfreie Lohnabzug wird dann 1800 Mark betragen, die einzelnen Stufen werden „breiter“ gemacht und die Höchstbesteuerung mit bisher 45 Prozent wahrscheinlich auf 33½ Prozent heruntorgesetzt. Daß auch die Steuer auf Vermögen unter 20 000 Mark beseitigt wird, hat seinen Grund darin, daß die Erhebung der Steuer in diesen Stufen sich finanziell nicht lohnt.

Sehr zu begrüßen ist aber die gleichfalls stufenweise erfolgende Senkung der Gewerbe- und der Grundsteuer um 20, später um weitere 10 Prozent; diese Realsteuern passen überhaupt kaum noch in unser heutiges Steuerwesen und bedeuten eine besonders drückend empfundene Belastung. Ganz aufgehoben wird die schon vor einiger Zeit ermäßigte Zuckersteuer ebenso wie — für die Landwirtschaft ist das von großer Wichtigkeit, da es sich um einen Betrag von alljährlich etwa 100 Millionen handelt — die Rentenbankzinssteuer. Aufgehoben wird, einem alten Wunsch der Börse zufolge, wenigstens ein Teil der Kapitalertragssteuer und aus gleichem Grunde erfolgt auch eine Senkung der Gesellschafts- und der Wertpapiersteuer; vielleicht wirkt das belebend auf das fast hoffnungslos dahiederliegende Börsengeschäft.

Über die dritte Gruppe, den Finanzausgleich, erfährt man bisher nur ganz allgemeines. Länder und Kommunen werden natürlich entschädigt werden müssen für den Ausfall von Steuereingängen, den die Reform ihnen verursachen muß, — aber es wird auch schon eine Verschärfung der Aufsicht über die Finanzgebarung der Kommunen angedeutet. Wird die „Verwaltungsstelle“ bleiben? Wird, was angedeutet ist, ein „Rechnungshof“ als Prüfstelle eingerichtet werden?

Nur lose steht damit in Zusammenhang, daß — die erste spürbare Auswirkung der ganzen Reform! — die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erhöht werden. Dies und die Regelung der schwebenden Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche der Länder an das Reich lenkt schon hinüber zu einem anderen Teil der Finanzreform, über den aber bisher gar nichts gesagt ist: schleunigste Sanierung der Kassenlage des Reiches. Das ist allerdings ein Kapitel, das zu erledigen vielleicht schwieriger ist als die ganze Steuerreform.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Klagen der rheinisch-westfälischen Städte beim Staatsgerichtshof wegen des Eingemeindungsgesetzes sind abgewiesen worden.

* Im Stolberg-Prozess wurde der Angeklagte Graf Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

* Die aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten haben eine „Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft“ konstituiert.

* Die Kurve der Arbeitslosigkeit im Reich ist in der letzten Berichtswoche weiter steil angestiegen.

Welchem Verhältnis ich zu meinem Vater gestanden habe, kann ich nicht sagen. Sie wissen es ja alle. Ich bin furchtbar schwer getroffen, daß mein lieber Vater durch mich gestorben ist. Diese Schuld werde ich nie verwunden können und muß sie mit ins Grab nehmen. Das Gericht soll über die Fahrlässigkeit entscheiden. Darauf der Vorsitzende: „Angelagter, ich habe noch eine einzige Frage an Sie. Sie sind der einzige, der die Wahrheit wirklich kennt und den Schleier des Geheimnisses von Schloß Jannowitz zu lüften vermag. Haben Sie die Wahrheit gesagt?“ Der Graf mit lauter, fester Stimme: „Ja.“

Revision im Hirschberger Prozeß.

Graf Christian von Stolberg-Wernigerode hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. Über die Bewährungsfrist wird erst entschieden, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Das Hilfsprogramm für den Osten.

Die deutschen Ostprovinzen sind, wie aus Breslau verlautet, übereingekommen, den zuständigen Stellen von Staat und Reich neue Denkschriften zu dem Hilfsprogramm für den deutschen Osten zu unterbreiten. Die Führung liegt dabei bei der Provinz Niederschlesien, der sich Oberschlesien, die Provinz Grenzmark und Ostpreußen angeschlossen haben. Die Denkschriften sind vollendet und werden in den nächsten Tagen den Ministerien und der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Zahlungen an Amerika.

Erwin C. Wilson, ein Neffe des früheren Präsidenten Wilson, amerikanischer Beobachter bei der Haager Konferenz, ist in Berlin eingetroffen, um die Verhandlungen über ein Sonderabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zur Feststellung der Endsumme der an Amerika zu leistenden Zahlungen zu führen.

Bayern und die Titelfrage.

Zu der Frage der Titelverleihung und der jüngsten Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wird erklärt, daß Bayern nach Entscheidung des Staatsgerichtshofes dieses Urteil als unabänderlich hinnehmen werde. Über die Höhe der bei den Titelverleihungen eingehenden Geldbeträge und ihre Verwendung wurde mitgeteilt, daß ausschließlich gemeinnützige, karitative, kulturelle und erzieherische Zwecke berücksichtigt wurden.

Erwerbslosenfürsorge in Frankfurt a. M.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein kommunistischer Antrag auf Gewährung von Winterbeihilfen an Unterstützungsbedürftige und Erwerbslose angenommen. Es kam zu einer großen Kundgebung der vor dem Rathause harrenden Menge. Der Antrag sieht für alle Erwerbslosen, Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegssopfer und Notstandsarbeiter eine Winterbeihilfe von 50 Mark für den Unterstitzten, 35 Mark für dessen Ehefrau und 15 Mark für jeden unterhaltspflichtigen Angehörigen vor. Die Gesamtsumme der bewilligten Unterstützungen wird rund zwei Millionen Mark betragen.

Belgien.

Jaspars Regierungserklärung.

Der wieder eingesetzte Ministerpräsident Jaspars verlas in der Kammer die Regierungserklärung, in der er auf die gegenwärtigen großen nationalen Probleme hinwies und im außenpolitischen Teil die bevorstehende Haager Konferenz, die Konferenz für den Stillstand des belgisch-luxemburgischen Fragen erwähnte. Die Regierungserklärung behandelte sodann die Sprachenfrage. Was u. a. den höheren Unterricht anbelangt, so wird die Regierung in der Kammer einen Gesetzentwurf einbringen, durch den die Sprachenregelung an der Genter Universität, wie sie durch das Gesetz vom 31. Juli erfolgte, durch eine neue Regelung ersetzt wird. Diese setzt die Verflamung der Vorlesungen fest. Gleichzeitig werden die französischen Vorlesungen fakultativ fortbestehen.

Griechenland.

Rücktritt des Staatspräsidenten.

Ministerpräsident Venizelos gab in der Kammer den aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Rücktritt des Präsidenten der Republik, Konstantinos, bekannt. Der Präsident des Senats, Zaimis, wird einstweilen das Amt des Präsidenten der Republik übernehmen. Der unerwartete Rücktritt des Staatspräsidenten hat in allen Kreisen große Bewegung hervorgerufen. Venizelos soll erklärt haben, er würde seine etwaige Auffassung als Präsidentschaftskandidat ablehnen.

Schlußakt im Hirschberger Drama

Das Urteil im Stolberg-Prozess.

Neun Monate Gefängnis für den Grafen Christian.

Im Prozess gegen den Grafen Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode wurde nach 4½stündiger Beratung des Gerichtshofes unter atemloser Spannung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen fahrlässiger Tötung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten, worauf die 45tägige Untersuchungshaft voll angerechnet wird, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Plädoyers.

Oberstaatsanwalt Engel hatte in seinem Plädoyer zunächst auf das große Aufsehen, das dieser Prozess in der großen Öffentlichkeit ausgelöst habe, hingewiesen. In einem Teile der Presse sei der Umfang der Weisungsaufnahme kritisiert worden; man habe gesagt, es werde tatsächlich auf Mord verhandelt. Demgegenüber erklärte er, daß das erkennende Gericht das Recht eigener Beurteilung haben müsse. Die Möglichkeit, im Falle der Mordannahme die Sache an das Schwurgericht zu verweisen, müsse dem Schöffengericht bleiben. Auf Grund der Weisungsaufnahme sei aber der Mordverdacht wohl im wesentlichen beseitigt. Der Angeklagte sei selbst daran schuld, daß der Mordverdacht noch immer im Publikum bestehe. Man müsse jedoch sagen, daß der Angeklagte von dem Tode seines Vaters in keiner Weise eine finanzielle Verbesserung seiner Lage hätte erhoffen können. Unter den 50 Zeugen und Sachverständigen sei nicht ein einziger gewesen, der dem Angeklagten einen Mord zutraute, und nicht einer, der etwas von Streitigkeiten zwischen Vater und Sohn wußte. Unter Berücksichtigung aller Umstände müsse man sich positiv

für fahrlässige Tötung

entscheiden. Staatsanwaltschaftsrat Felsch schloß sich dem an und nahm dann zum Strafmäß Stellung. Für fahrlässige Tötung sei Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren vorgesehen. Zwei Momente müßten aber das Strafmaß herabdrücken: die bisherige Unbestraftheit und die Tatsache, daß der Angeklagte kein vollwertiger Mensch sei. Das verhästete Geständnis sei nicht als strafverschärfend anzurechnen. Strafmildernd komme auch in Betracht, daß er durch den Tod seines Vaters bereits schwer genug bestraft sei. Der Staatsanwaltschaftsrat beantragte dann gegen den Grafen Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Nach einer kurzen Pause nahm der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lütgebrunne, das Wort. Der Fall Jannowitz, sagte er, habe in dieser Verhandlung eine merkwürdige Vergrößerung erfahren. Das Fazit aber sei die Auffassung eines traurigen Menschenschicksals gewesen. Niemand habe sich dem Eindruck der Zeugenansagen entziehen können. Die Staatsanwaltschaft habe mit erfreulicher Offenheit selbst erklärt, daß die anfänglichen Verdachtsmomente zerstreut seien. Dr. Lütgebrunne schloß sein Plädoyer mit dem Antrag auf Freisprechung seines Mandanten. Der zweite Verteidiger, Dr. Ruche-Hirsberg, unterstrich in seiner Rede nochmals alle Punkte, die zugunsten des Angeklagten sprächen, und forderte ebenfalls einen Freispruch.

Das Schlusswort des Angeklagten.

Als der Vorsitzende dann dem Angeklagten das letzte Wort erteilte, erhob sich dieser und sagte: „Ich möchte sagen, daß ich am Tode meines Vaters schuld bin. In

Aus In- und Ausland

Leipzig. In dem Aufwertungsstreit zwischen dem Haus Braunschweig-Lüneburg und dem Staate Preußen um den sog. Welfenfonds machte das Reichsgericht den Parteien einen Vergleichsvorschlag.

Gumbinnen. Der Besitzersohn Karl Moritz in Friedrichsberg, Kreis Darlempen, hat einen selbstgefertigten Sprengkörper vor die Haustür des Besitzers Wrat in Friedrichsberg gelegt und zur Explosion gebracht. Durch Sprengstücke wurden Haustür und Wand beschädigt.

Wien. Der Bundesrat hat das am Sonnabend vom Nationalrat beschlossene Verfassungsgesetz einstimmig endgültig verabschiedet.

Prag. In der Freitagssitzung des Parlaments wird Ministerpräsident Udrzal die Regierungserklärung verlesen. Bezüglich des Haushalts sind gewisse Schwierigkeiten aufgetreten, da Finanzminister Professor Dr. Engliš die Erhöhung des Militärhaushalts um 80 Millionen gegenüber dem Vorjahr nicht annehmen will, sondern auf einer Verminderung des Haushaltsplanes besteht.

London. Im Unterhaus erklärte der Finanzsekretär im Kriegeramt auf eine Anfrage hin, er hoffe, daß die Kämpfe des Rheinlandes Ende dieser Woche beendet sein werde, abgesehen von einer kleinen Gruppe, die Ende nächster Woche abrückten werde.

Budapest. Die Loge des Rumänischen Großorient wurde während einer Sitzung von antisemitischen Studenten überfallen; sie zerstörten die gesamte Einrichtung der Loge und schleppten sämtliche Dekumente mit. Die Polizei konnte zwei an den Ausschreitungen Beteiligten festnehmen.

Ordnungsverletzung und Diätenbezug.

Deutscher Reichstag.

(113. Sitzung.) OB. Berlin, 11. Dezember.

Die erste und die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Bestimmungen über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages von 1927 wird verbunden mit den Vorschlägen des Geschäftsordnungsausschusses über die Verschärfung der Ordnungsbestimmungen im Reichstag. Die Berichterstatterin hat der sozialdemokratischen Abgeordnete Heimann. Nach den neu vorgeschlagenen Vorschriften soll der Präsident ein Mitglied wegen

gröblicher Verletzung der Ordnungsbestimmungen

bis zu 30 Tagen von den Verhandlungen ausschließen können. Wenn das Mitglied trotzdem den Saal nicht verläßt, dann zieht es sich dadurch den Ausschluss von weiteren 30 Sitzungstagen zu. Für die Zeit des Ausschlusses ruht die Berechtigung zum Bezuge der Diäten

und zur Benutzung der Freifahrtkarte. Wenn ein Redner dreimal in derselben Aussprache zur Ordnung oder zur Sache gerufen wird, kann ihm der Präsident das Wort entziehen oder sonstige in den neuen Maßnahmen vorgesehene Mittel anwenden. Die Anträge zur Herabsetzung eines Reichsministers sollen der Unterfertigung von 30 Mitgliedern bedürfen.

Das Wort nimmt zuerst der Abg. Graf-Thüring von den Deutschnationalen. Er lehnt die Ausschussvorlage ab. Die darin vorgeschlagenen Verschärfungen der Ordnungsmaßnahmen tragen das Kennzeichen der Gelegenheitsgesetzgebung. Die Deutschnationalen seien immer bereit, die Stellung des Präsidenten zu stärken, aber sie könnten seiner Regelung zustimmen, die ein

Eingreifen in die Verfassung

bedeutet. Diese Verfassung garantiert den Abgeordneten die Diäten und die Freifahrt. Auch sei der Ausdruck „gröbliche Verletzung der Ordnung“ durchaus unbestimmt.

Nunmehr nimmt das Wort der Präsident des Hauses, Löbe. Er bedauert es, daß Vizepräsident Graf und die Deutschnationalen in diesem Falle nicht mit der Mehrheit einverstanden seien. Es handle sich nicht um ein überstürztes Gelegenheitswerk, sondern die entsprechenden Anträge liegen schon seit einigen Jahren vor. Es ist nicht beabsichtigt, das freie Wort zu beschränken, auch nicht der Opposition die Bewegungsfreiheit, aber die Opposition dürfe nicht berechtigt sein, die sachlichen Gegner durch Ständel am Reden zu hindern. Das Recht auf die Diäten und Freifahrt steht nicht so hoch wie das Recht auf Ausübung des Mandats. Die Öffentlichkeit spricht bei derartigen Ständeln, wie sie hier vorgekommen sind, nicht von den schuldigen Abgeordneten oder den Fraktionen, sie sagt einfach:

So geht es im deutschen Parlament zu!

Abg. Bied (Komm.) bezeichnet die Ausschussvorlage als kleines Ausnahmengesetz im Gegensatz zu den großen Ausnahmengesetzen gegen die Kommunisten. Er ergeht sich dann in längeren Ausführungen, die sich scharf gegen die Sozialdemokraten richten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) erklärt, es sei durchaus zweifelhaft, ob die neuen Ordnungsbestimmungen verfassungsändernd wären.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) wendet sich bei seiner Rede über die neuen Bestimmungen gegen den Abg. Heilmann und greift diesen als „Juden“ an. Präsident Löbe ruft

den Abgeordneten Frid zur Ordnung,

weil er beleidigend habe wirken wollen.

Nunmehr folgt die Abstimmung. Die Änderungen der Geschäftsordnung werden mit 304 gegen 51 Stimmen bei 49 Enthaltungen der Deutschnationalen in namenhafter Abstimmung angenommen. Die von den Mehrheitsparteien beantragte entsprechende Gesetzesänderung wird in zweiter Beratung genehmigt. Gegen die dritte Beratung wird Widerspruch erhoben.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Regelung älterer staatlicher Renten

folgt. Entschädigungslos fortlassen sollen Renten, die als Ausgleich für den Verlust von Leibesgenossenschaftsrechten oder ähnlichen Rechten begründet sind.

Abg. Heilmann (Soz.) bezeichnet die Aufwertung der Renten im Ausmaß auf 10 Prozent als einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.

Abg. Dr. Hanemann (Dm.): Meine Fraktion lehnt die Vorlage ab. Es handelt sich hier um ein verfassungswidriges Sondergesetz.

Abg. Wegmann (Ztr.): Die Vorlage ist der letzte Abschnitt des Problems der Fürstenabfindung. Sie bringt das formale Recht mit dem lebendigen Rechtsbewußtsein in Einklang.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) ist für die Vorlage in der Ausbesserung, da zurzeit keine bessere Lösung zu finden sei. Gegen die Vorlage sprechen noch die Abgg. Maslowitz (Komm.) und von Lindener-Wilbau (Dm.). Die Notwendigkeit der Vorlage betont der Abg. Ehlmann (Dm.).

Bei der Schlussabstimmung für das ganze Gesetz werden 302 Stimmen dafür, 106 Stimmen dagegen bei 9 Stimmenthaltungen gezählt. Die Vorlage ist mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmajorität angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Die Etatskämpfe im Preussischen Landtag.

(110. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Dezember.

Der Preussische Landtag übertrug zunächst einen sozialdemokratischen Antrag auf Ausdehnung der Untersuchungen des Reichsfein-Untersuchungsausschusses auf die Kredite der Preussenkasse an die Ostbank usw. dem Reichsfein-Ausschuss zur Mituntersuchung.

Angenommen wurde ein Antrag des Hauptauschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß patentes alsbald mit der Voll-

endung des Mittelstandsanals der Ausbau der Oder unterhalb Breslau zwecks Ermöglichung der Vollschiffbarkeit der Oder fertiggestellt werde.

Das Haus beschloß dann die Einsetzung eines aus 29 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Untersuchung „amtlicher Beeinflussungen des Ergebnisses des Volksbegehrens“.

In erster und zweiter Lesung erledigt wurde die Novelle zum Landwirtschaftskammergesetz, die eine Verlängerung der Wahlzeit der Mitglieder um ein Jahr bringt. Darauf leitete Abg. Dr. Hamburger (Soz.) die

allgemeine Aussprache zum Haushalt für 1930

ein. Er verlangte die veräußerte Vorlegung der Haushaltspläne für die Staatsbank und die Porzellanmanufaktur. Im Vordergrund der politischen Erörterungen steht die Reichsreform. Was bisher aber an Vorschlägen bekanntgeworden sei, sei eine systemlose Reorganisation. Die Notlage der deutschen Wirtschaft sei bei weitem nicht so schwer, wie es immer behauptet werde. Die Einlagen der Sparkassen seien in den letzten fünf Jahren auf neun Milliarden gestiegen. Im Jahre 1928 hätten deutsche Kapitalisten für 1,9 Milliarden Mark Effekten vom Ausland gekauft. (Hört, hört! lacht.) Zum Schluss kritisiert der Redner die Pläne des Finanzministers für den innenpreussischen Lastenausgleich. Durch Einführung eines Kopfbeitrages würden nur wieder am schwersten die Arbeitnehmer belastet.

Abg. Steinhoff (Dm.) erklärte, die Staatseinrichtungen seien unter der Regierung des Marxismus zu Hilfsstellen für patentierte Parteigenossen geworden. Die Erneuerung des deutschen Ansehens sei eine Folge der Wahl Hindenburgs und der hochragenden Leistung der deutschen Wirtschaft. Die Sozialdemokratie vertritt Enttäugung des Volkes. Trotzdem schließt der neue Etat mit einem Defizit von 88 Millionen ab. Zum Schluss wandte sich der Redner gegen den politischen Handelsvertrag und begründete nochmals die ablehnende Haltung seiner Partei zum Young-Plan.

Abg. Klost (Ztr.) fordert, daß beim Finanzausgleich die Notwendigkeiten der Gemeinden berücksichtigt werden. Er behandelt die Steuerpolitik und wendet sich vor allem dagegen, daß vielleicht wieder eine Weinsteuereinführung werde. Das Reich und Preußen haben Verpflichtungen für die Grenzgebiete! Für den Osten und Westen müsse noch viel mehr geschehen! (Lebhafter Beifall und Rufe: Sehr wahr!)

Abg. Schwen (Komm.) bekämpft den Young-Plan und verurteilt die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Steuersenkung und Steuererhöhung.

Aus dem Finanzprogramm der Reichsregierung.

Das von der Reichsregierung geplante Finanzprogramm enthält u. a. folgende bemerkenswerte Vorschläge:

Die Senkung der Einkommensteuer soll in drei Abschnitten erfolgen, und zwar zum 1. Juli 1930, zum 1. Januar 1932 und zum 1. Juli 1933, also im jeweiligen Abstand von anderthalb Jahren. Zu den genannten drei Abschnitten wird bei der Lohnsteuer das steuerfreie Existenzminimum für den ledigen Steuerpflichtigen von jetzt 1200 Mark auf 1440 Mark, 1680 Mark und zuletzt 1800 Mark erhöht werden. Gleichzeitig soll für die veranlagte Einkommensteuer eine durchschnittliche

Senkung des Tarifs

um zuerst 12,5 und dann 25 Prozent eintreten. Weiter ist der Ausbau der Kinderermäßigungen und eine Herabsetzung des Höchstmaßes der Einkommensteuer von 40 auf 33 1/2 Prozent vorgesehen. Ebenso sollen Versicherungsprämien in gegenwärtig erhöhtem Umfang abgezogen werden dürfen. Die Kapitalertragsteuer soll für festverzinsliche Anleihen, die nach dem 1. Januar 1930 aufgelegt werden, vollständig fallen kommen. Bei der Vermögenssteuer wird der steuerfreie Betrag auf 20.000 Mark erhöht. Außerdem ist eine Herabsetzung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer um 50 Prozent der Vorsteuer um ein Drittel in Aussicht genommen. Nach der Durchführung des Steuervereinfachungsgesetzes sollen die Gewerbesteuer und die Grundvermögenssteuer um 10 Prozent herabgesetzt und die

Länder und Gemeinden

verpflichtet werden, in den nächsten fünf Jahren ihre Gemeindefinanzlage nicht zu erhöhen. Dafür soll den Gemeinden die Erhebung einer Kopfsteuer zugestanden werden. Der Ausfall der Gemeinden bei den Realsteuern wird für das erste Etatsjahr 1930 vom Reich gedeckt. Für die Jahre 1931 bis 1935 will das Reich den Gemeinden noch ein Fünftel des Ausfalls ersetzen. Außerdem sollen bei der Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern die Biersteuer und die Erträge aus dem Spiritusmonopol in die Prozentualüberweisungen einbezogen und dafür die Prozentanteile der Einkommen- und Umsatzsteuerüberweisungen herabgesetzt werden. Diesen Veränderungen der direkten Steuern und des Finanzausgleichs stehen folgende Veränderungen der

indirekten Steuern

gegenüber: Die Biersteuer soll am 1. April 1930 um 50 Prozent erhöht werden. Für Tabak sind folgende Steuererhöhungen vorgesehen: Für Zigaretten eine Erhöhung der Banderolensteuer von 30 auf 35 Prozent, für Rohtabak die Materialsteuer von 400 auf 500 Mark für den Doppelsentner, für Rauchtabak von 45 auf 60 Mark, für Feinsentabak von 20 auf 35 Mark für den Doppelsentner. Bei Zigaretten ist außerdem eine Kontingentierung vorgesehen. Die erhöhte Tabaksteuer soll schon am 1. Januar 1930 in Kraft treten. Dafür sollen in das neue Etatsjahr fünf Millionen Mark zur Förderung des Tabakbaues eingesetzt werden. Die Zuckersteuer soll vom gleichen Zeitpunkt ab in Wegfall kommen.

Um das Finanzprogramm.

Gerüchte und Kombinationen.

Zu den Verhandlungen über das Finanzprogramm verläutet aus parlamentarischen Kreisen: Um den Schwierigkeiten der Kassenlage zum Ende des Jahres zu begegnen, habe die Reichsregierung Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankengruppe aufgenommen, die dem Reich dem Vernehmen nach einen Kredit von mehreren hundert Millionen Mark bewilligen wollte. Durch den Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht seien diese Kreditverhandlungen jedoch ins Stocken geraten. Von der amerikanischen Bankengruppe seien vor dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen von der Reichsregierung Maßnahmen verlangt worden, die eine gewisse Sicherheit des Kredits darstellten. Deshalb habe die Regierung den Parteien das bekannt Sofortprogramm vorgelegt. Da der Weg über die ordentliche Gesetzgebung wegen der vielen innewahrenden Fristen angesichts der kurzen Zeit bis Weihnachten nicht mehr möglich sei, habe die Regierung von den Regierungsparteien gefordert, daß sie im Wege des Initiativantrages dieses Sofortprogramm im Reichstag erledigen sollten.

Wie aus parlamentarischen Kreisen weiter verläutet, werden wahrscheinlich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten diesen Weg mitgehen.

Die Städte melden sich zum Wort.

Der Reichsstadtebund zur Reichsfinanzreform. In einer Entschließung des Gesamtvorstandes des Reichsstadtebundes wird gefordert, daß sich die Reichsfinanzreform nicht allein auf Sanierung der Reichsfinanzen und das Problem der Steuersenkung beschränken dürfe. Länder und Gemeinden dürften nicht von der stabilen Einkommensteuer auf die konjunkturrempfindlichen Verbrauchssteuern abgedrängt werden. Der Länder- und Gemeindefinanzanteil an der Einkommensteuer dürfe nicht ver-

rringert werden. Die mechanisch gleichmäßige Senkung der verschiedenen Gewerbesteuerbelastung in Ländern und Gemeinden sei abzulehnen. Ein Lastenausgleich für Volksschulen, mittlere und höhere Schulen sei für die kleineren Städte unausschlagbar.

Reichslandbund und Volksentscheid.

Eine Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes.

Wie die Pressestelle des Reichslandbundes mitteilt, steht sich der Reichslandbund, in Fortführung der durch das Volksbegehren eingeleiteten Aktion gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge, mit aller Energie dafür ein, daß die Beteiligung des deutschen Landvolkes am Volksentscheid zur stärksten Wirkung kommt. Das deutsche Landvolk bringe durch seine Stimmenabgabe am 22. Dezember in gesetzmäßiger Weise die Ablehnung des Young-Plans und seiner für die Landwirtschaft jetzt und auf Generationen hinaus unerträglichen Belastung sowie seinen Protest gegen die Mißachtung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Landvolkes nachdrücklich zum Ausdruck, insbesondere auch gegen den für den deutschen Osten verwerflichen Polenvertrag. Indem der deutsche Bauer an diesem Tage die richtige Antwort nicht schuldig bleibe, stelle er das deutsche Volk in seiner Gesamtheit vor die Frage: Deutsche Führung oder marxistische Diktatur? Im nationalen Freiheitskampf unseres Volkes gegen Tributplan und Kriegsschuldlüge müssen alle Deutschen im Ziele einig sein. Das „Ja“ bei dem Volksentscheid sei die beste Tat jedes einzelnen für unser gemeinsames Vaterland und die Zukunft des deutschen Volkes.

Auch die Reichspost wünscht eine Anleihe.

Beschlüsse des Verwaltungsrates der Reichspost.

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschloß nach einem Vortrag des Ministers Schacht über die äußerst gespannte Finanzlage der Post, sobald wie möglich nach Verständigung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsbankpräsidenten eine Anleihe aufzunehmen.

Die Anleiheleistung an das Reich will die Post für 1929 nur in dem Umfang leisten, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Post ohne weitere Finanzanbahnung der Reichspost gedeckt werden können. Für 1930 gilt das gleiche, ein Satz von 145 Millionen erscheint nach Ansicht des Ausschusses als äußerste Quote.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 12. Dezember 1929.

—* Für die Befreiung der besetzten Gebiete. Die im Haus des Gewerkschaftsrings in Bad Münstereifel am Stein aus dem besetzten und ehemals besetzten Gebiet versammelten Führer der freiheitlich nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände begrüßen die politischen Ergebnisse der Haager Konferenz, die dem rheinischen Volk nach zehnjähriger Fremdherrschaft die nationale Freiheit wiedergab. Sie erwarten, daß zur völligen Befriedigung des westlichen Europas auch das deutsche Saargebiet nunmehr ins Deutsche Reich heimgeführt werden kann. Die wirtschaftlichen und sozialen Wunden, die die fremde Militärherrschaft der Westdeutschen Wirtschaft zugefügt hat, sind erheblich gewesen, sodaß es der planmäßigen und großzügigen Hilfeleistung der Reichs- und Staatsregierung weiterhin bedarf, um sie zur Heilung zu bringen. Die rheinische Führerschaft des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände erinnert sich mit Dank und Stolz des heroischen Widerstandes den die deutschen Gewerkschaften am Rhein in schweren Jahren der vollen Not geleistet haben. Sie standen im Selbstbehauptungskampf des damals gefährdeten rheinischen Deutschland in vorderster Front und fühlten sich dabei tief mit dem Wesen und Werden des jungen deutschen Volksstaates verbunden. Die Kundgebung fand begeisterte Annahme.

—s Fahrplan-Änderung. Ab Samstag, den 14. d. M. tritt eine Fahrplan-Änderung auf der Autobuslinie Kierspe—Halver ein. Der um 1/2 Uhr abends ab Halver nach Kierspe fahrende Wagen fällt an Werktagen aus. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich hierauf hingewiesen, damit der eine oder andere Reisende keine unliebsamen Enttäuschungen erlebt. Der um 11 Uhr abends ab Hagen fahrende Wagen fährt aber durch bis Kierspe.

Halver

—0 Polizeiliches. Gefunden: Ein Geldbetrag. Eigentumsansprüche sind im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

Schalksmühle

—1 Im Apollo-Theater gelangt am Samstag und Sonntag der Schmelz-Film der Ufa „Himmel auf Erden“ zur ersten Aufführung. Die Handlung ist das Komische, was je gezeigt wurde. Eine Fülle von kompliziert-lustigen Situationen, die, aneinander gereiht, den Zuschauer aus dem Lachen nicht herauskommen lassen. Als zweiter Film läuft „Der Todesritt von Vittel“ eine Episode aus dem letzten großen Freiheitskampf der Indianer in 8 Akten mit Hoot Gibson in der Titelrolle; außerdem die Lustspiel-Einlage.

—x Dählerbrück, 12. Dez. Der Turn- und Sportverein Dählerbrück erwarb ein Grundstück zu Reeswinkel von dem Landwirt Karl Unger daselbst, zwecks Errichtung eines Sportplatzes.

Kierspe

—s Eine Sitzung der größeren Kirchenvertretung findet am kommenden Sonntag im Anschluß an den Gottesdienst statt.

—s Die Märkischen Lichtspiele haben für ihr diesmaliges Programm ein Harry-Biel-Film erwählt, der sich „Mann gegen Mann“ betitelt. In einem Hotel in der Schweiz freunden sich eine charmante, junge Detektivin, Miß Norton, und ein ausgezeichnete Sportsmann, Harry Paulsen, an. Die Detektivin sucht einen Hochstapler, dessen Beschreibung ganz auf den Sportsmann paßt. Der Sportsmann wiederum ist ein verkappter Detektiv, der auf Falschgeldhersteller, deren Werkstatte er in der Nähe im Gebirge vermutet, fahndet. Diese Einleitung läßt uns sofort auf ungeheure Spannungen schließen, und sieht man sich in den folgenden Akten auch nicht enttäuscht. Der Film führt uns durch nie geahnte Möglichkeiten der Verbrechertum, er läßt uns die gefährlichsten Situationen erleben, zeigt uns die raffiniertesten Gaunertriebe, aber auch die sicheren Wege, die die Detektive in ihrer Arbeit gehen, um zum Ziele zu kommen. So findet das Filmwerk denn auch seinen Abschluß in der Entlarbung der Falschgeldher-

Steppdecken

das Schönste vom Schönen finden Sie in allergrößter Auswahl bei

Robert Stern, Lüdenscheid.

Keller. Dieser Film ist das, was man „Sensation“ nennt. Er ist so reich an Spannungen, daß er von kaum einem anderen Werk übertroffen werden kann. Das Beiprogramm setzt sich zusammen aus der Wochenschau, einem Beiprogramm „Mit Schlägel und Eisen“, der uns das Werden der Bricketts zeigt, sowie zum Schluß „Liebliche kleine Dingerchen“. Ein Besuch der diesmaligen Vorführungen kann wieder bestens empfohlen werden.

—s Sturmschaden. Infolge des starken Sturmes wurde auf dem Gut Felderhof ein großer Schuppen für landwirtschaftliche Maschinen vollständig zertrümmert. Das schwere Zinkdach wurde vom Sturm erfaßt, hochgeschleudert, und brach alsdann mit donnerähnlichem Getöse zusammen, wodurch auch noch Maschinen beschädigt wurden.

—s Der Stills Sauerland Ortsgruppe Kierspe hielt die übliche Monats-Versammlung im Lokale August Vollmann ab, in der über den Stand des Baues der Sprungschützen berichtet wurde. Die eine Schanze ist bereits fertig gestellt, während die andere ihrer Vervollständigung entgegen geht. Sodann besprach man die Winterfahrten nach Willingen und Winterberg. Bei der Fahrt nach Willingen ist eine Uebernachtung in der Jugendherberge Hagen vorgesehen, um am folgenden Morgen mit dem ersten Sportsonderzug nach Willingen zu fahren. Für einen mehrtägigen Winterausflug nach Winterberg haben sich bisher 7 Mitglieder angemeldet. Die Beschaffung von Mägen und Abzeichen wurde veranlaßt.

Rönsahl

—c Am Dienstagabend fand hierseits im Hotel zur Leie der 2. Staatsbürgerabend, Fortsetzung der Aussprache über die „Volksnationale Reichsvereinigung“ statt. Herr C. Roswinkel referierte in einem einstündigen Vortrage über die heutigen politischen Wirren und Gehehnisse. Seitens der Anwesenden wurden die Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. In der nun folgenden gegenseitigen unverbundenen Besprechung war man sich dessen bewußt, daß nur die Bildung einer Volksnationalen Reichsvereinigung einer weiteren Zersplitterung Einhalt gebieten kann und das deutsche Volk zum neuen Aufstieg führt. Mit der Völkereingliederung verschiedener Bürger ist der Grundstein der hiesigen Ortsgruppe gelegt und soll in Kürze eine große Aufklärungsversammlung stattfinden.

—c Das seltene Fest der goldenen Hochzeit konnte am Samstag, dem 14. d. M. die Eheleute Carl Clever und Frau, Auguste geb. Staake zu Vürhausen begehen. Unseren herzlichsten Glückwunsch.

—c Die Ortsgruppe Rönsahl des Vaterländischen Frauenvereins veranstaltet am Mittwoch, dem 18. Dez. im Cafe und Restaurant Carl Haackhaus eine Weihnachtsfeier mit Verlosung unterm Weihnachtsbaum.

Seitens der hiesigen Volksschule wird am Sonntag, dem 22. d. M. im Saale des Hotels zur Leie eine Weihnachtsfeier veranstaltet, bei welcher das Märchenstück „Weihnachtszauber“ zur Aufführung gelangt.

Dhl-Rönsahl, 10. Dez. Die neue Brecheranlage im Steinbruch von Eduard Müller ist jetzt im Betrieb. Im Gegensatz zu den meisten Steinbrüchen im Oberbergischen wird hier der Betrieb in diesem Winter nicht stillgelegt werden; denn er ist mit der Lieferung von ungefähr 5000 Tonnen Kleinschlag für die Eisenbahnstrecke Dhl-Rönsahl-Marienheide beauftragt worden. Diese Strecke soll im nächsten Frühjahr ausgebaut und wahrscheinlich auch umgebaut werden. Von Dhl-Rönsahl bis Vogarten ist das Bettungsmaterial bereits abgeladen worden.

den. Es kommen hierbei neue Selbstentladewagen zur Anwendung, die ein sehr schnelles Abladen der Steine ermöglichen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11. Dezember

Schwerer Einbruch in ein Kaufhaus.

Schwerin. In der Stadt Stadenhagen wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl in das Warenhaus Rudolf Karstadt A.-G. verübt. Die Täter waren durch das Kellerfenster in die Verkaufsräume gelangt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, fielen den Tätern die Tageskasse, in der sich wenigstens 1000 Mark befanden, sowie zahlreiche Waren in die Hände. Man vermutet, daß die Täter im Zusammenhang mit den zahlreichen Einbrüchen stehen, die in den letzten Tagen in Mecklenburg verübt worden sind.

Neue Festnahmen in der Bombenanschlagsangelegenheit.

Mülheim (Ruhr). In der Angelegenheit der Bombenanschläge in Norddeutschland ist der Uhrmachermeister Kiehl aus Mülheim (Ruhr), der bekanntlich bereits einmal verhaftet, nach Hinterlegung einer Kaution von 30 000 Mark aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, erneut festgenommen worden. Veranlassung zu dieser neuerlichen Festnahme sind die Dynamitdiebstähle im Steinbruch Beward, die Anfang dieses Jahres verübt wurden, aber bisher noch nicht aufgeklärt werden konnten. Nach dem Verhör wurde auch der Bruder des Steinbruchbesitzers Robert Beward in Haft genommen.

Vergiftung durch Kohlenoxydgase.

Breslau. In einem Hause der Einbaumstraße wurde der 50 Jahre alte Stellwerksbesitzer Lüdemann mit Frau und Tochter durch Kohlenoxydgase vergiftet aufgefunden. Während der Ehemann bereits tot war, konnten Frau und Tochter wieder ins Leben zurückgerufen werden. Nach den polizeilichen Feststellungen brannte in einer Wohnung im Erdgeschoß ein Kessel. Die Möglichkeit besteht, daß sich in diesem Kessel giftige Gase entwickelten, die durch den Kamin in das Schlafzimmer im dritten Stock eindrangen.

Brandstiftung aus Verärgerung.

Görlitz. Das Görlitzer Schwurgericht verurteilte den in Naucha geborenen Weber August Tischler wegen Brandstiftung in vier Fällen, darunter in einem Falle an einem Wohngebäude, zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Die Brandstiftungen sind in Naucha begangen worden. Als Motiv kommt nur Verärgerung über Dinge in Betracht, die mit den durch die Brände geschädigten Personen nichts zu tun hatten.

Bald läuten die Weihnachtsglocken. Fürsorgende Liebe jümt, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Maggi's bewährte Erzeugnisse: Maggi's Würste, Maggi's Suppen, Maggi's Fleischbrühwürfel, die jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur das teure Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Haushaltswirtschaftliches.

—* Vom Elektrizitätswerk Mark erfahren wir: Der Haushaltstarif, den das E. W. Mark A. G. am 1. November 1927 herausbrachte, hat sich gut eingeführt. Ueber 7000 Stromabnehmer haben diesen Tarif mit dem Elektrizitätswerk Mark jetzt schon abgeschlossen. Der Haushaltstarif setzt den Stromverbraucher in die Lage, den elektrischen Strom für elektrische Haushaltsapparate preiswert zu beziehen. Wer noch nicht nach dem Haushaltstarif bezieht, verjäume nicht, sich von den Zählerablesern und

Einkassierern des E. W. Mark Aufklärung geben zu lassen. Um weiter für den Haushaltstarif zu werben, hat das E. W. Mark unter Zustimmung des Rhein.-Westf. Bezirksvereins des Deutsch-Elektr. Installateur-Gewerbes, sowie unter Mitwirkung der anässigen Installateure in verschiedenen Ortschaften des Versorgungsgebietes für die Wochen vor Weihnachten Vorführungsräume für die gebräuchlichsten Haushaltapparate und zwar Bügeleisen, Waffeleisen und Tauchsieder eingerichtet. Diese Apparate, welche erfahrungsgemäß von den Stromverbrauchern am meisten geschätzt sind, werden dort vorgeführt. Die mit Hilfe des elektrischen Waffeleisens gebakenen Waffeln werden als Kostproben verabreicht. Auch werden diese Apparate in den betreffenden Lokalen mit einem Weihnachtsrabatt von 10% verkauft. Jeder Käufer erhält außerdem ein Los und wem Fortuna wohlgeimnt ist, der gewinnt einen praktischen elektrischen Apparat dazu. Wir verweisen auf das Inserat im heutigen Anzeigenteil.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Volksentscheid

Sonntag, d. 15. Dez. 1929

abends 6 1/2 Uhr im

Haus zur Fuhr, Halber

Vortrag

des Steigers Herrn Dohs aus Lütgendortmund und anderer Redner.

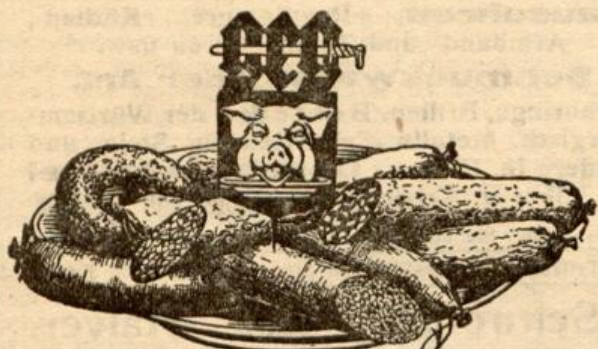
Der Youngplan und seine verderblichen Folgen!

Deshalb Volksentscheid.

Auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht sieht sich gezwungen, dem Volksentscheid den Weg zu bereiten.

Volksgeoffen aller Berufe laßt Euch beraten.

Der Ortsausschuß.



Fleisch- und Wurstwaren

Prima Qualität!

Billige Preise!

Hollst. Blockwurst,
Salami,
Jagdwurst,
Fleischwurst,
Viertwurst,
Rotwurst,

Sülzwurst,
Zungenwurst,
Leberwurst,
Kochmettwurst,
Nusschinken,
gekochten Schinken.

Ferner in Büchsen:

Leberwurst,
Hausmacher-Leberwurst,
Blutwurst,
Sülze,
Fleischsalat,
Delikatesswürstchen,
Bockwürste.

In Käse empfehlen wir:
la. Edamerkäse,
vollfetten Edamerkäse,
„ Holländerkäse,

vollfett. Emmenthaler Käse
„ Tilsiter Käse,
prima Limburger Käse.

Konsumverein Halber.



Praktisches Weihnachtsgeschenk:

MAGGI'S Würste, MAGGI'S Suppen in Würfeln, MAGGI'S Fleischbrühwürfel.

15 d
Haushaltstrom

Elektrische

-Bügeleisen
-Waffeleisen
-Tauchsieder

verkauft das

Elektr. Werk „Mark“ A-G

als prakt. Weihnachtsgeschenke

mit einem Weihnachtsrabatt von 10%

in seinem Verkaufsraum

Halber, Frankfurterstr. 25.

Verkauf nur bis Weihnachten!

15 d
Haushaltstrom

15 d
Haushaltstrom

15 d
Haushaltstrom

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 13. Dezbr.
mittags 12 Uhr werde ich
in Halber bezw. Schenke
an Ort und Stelle
9 Hühner, 1 Hahn,
1 Schaf, 1 Bild
öffentlich meistbietend
gegen gleich bare Zahlung
versteigern.
Versamml.: Lückmann,
Jägerhaus.

Bußmann,
Gerichtsvollzieher
kr. A.
Lüdenscheid.

Achtung Preisschießen!

Am Samstag, dem 14.

Sonntag, dem 15. Dez.

veranstaltet der

Schieß-Club „Weidmannsheil“ Halber

im Lokal Gust. Böhle, Eichholz

ein

großes öffentliches Preisschießen.

Es werden ausgeschossen 4 Hasen und 2 Fasanen.

Um geneigten Zuspruch bittet

der Vorstand.

Junges Fräulein oder Lehrling

für mein Architektur-
Büro

gesucht.

Schriftliche Bewerbungen

somit erbeten.

Otto Eider,

Architekt

Halber, Südstraße.

Vin am Dienstag, den
17. Dez. mit

Weihnachtsbäumen

am Hotel zur Post Halber.

Bestellungen nehme ent-

gegen.

Carl Lausberg,
Nieder-Wahlefeld.

Weihnachtsgänse

fr. geschl. u. saub. gerupft
7-12 Pfd. schw. pro Pfd.
Rm. 1.10-1.15 Versand
gegen Nachnahme.

R. Eckart,

Beflügelungsport Tilsit,
Jägerstr. Aufträge er-
bitte mögl. bis 16. Dez.

Wachstuche,
Wandschoner.

Linoleum-Vorlagen,
Bohnerwachs

hart und flüssig,
Zerstäuber,
hierzu

Mop-Geschenk-
Pakungen.

Bohnerbeseu,
Bürstenwaren

empfehlte:
Carl Menke,
Halber.

Vergeffen Sie nicht

ihren Bedarf für
die Weihnachtsbäckerei

zu kaufen.

bei

Otto Meisterjahn,
Kierspe

Die Zeitungsanzeige



ist die beste und billigste
Reklame; sie ist als Werbe-
mittel unübertreffbar.

Empfehlenswerte Geschäfte für Weihnachtseinkäufe!

Für den Weihnachtseinkauf

PORZELLAN von Rosenthal, Hutschenreuther usw. empfehle

Kristall u. Glaswaren Bestecke

Christbaumschmuck
Kerzen
Rodelschlitten.

Herde, Oefen, Kamine,
Alle Haushaltsgesgegenstände,

Carl Theimann, Halver
— Kölnerstraße —

Weihnachts-Geschenke

in großer Auswahl.

Elektrische
Zuglampen
in jeder Ausführung.
Flur- u. Schlafzimmer-
Ampeln, Klammer-,
Nachtisch- u. Stehlamp-
pen, Innen- und Außen-
Beleuchtungen.

Elektrische
Waschmaschinen
Fabrikat Cordes
billig
(Teilzahlung.)

Elektrische
Heiz- u. Kochapparate
Haartrockner, Waffel- u.
Hörnchen-Eisen, Heiz-
sonnen, Kocher u. Koch-
platten
Bügeleisen
Heizklissen

Wilhelm Himmen, Halver,
Telefon 148. Elektrotechnisches Geschäft Kirchstr. 1.

Empfehle in schöner Auswahl:
Kronen-Seidenschirme, Flur- und Schlafzimmer-
Ampeln, Deckenbeleuchtungen, Steh- und
Nachtisch-Lampen, Heiz- und Kochapparate
Haartrockner

Als beliebtes Weihnachtsgeschenk
RADIO-GERÄTE
mit Batterie- und Netzanschluß
sowie Lautsprecher.

Heizkissen, Vampyr- und Miele Staubsauger
Elektr. Miele-Waschmaschinen
für Wechsel- und Drehstrom zu günstigen
Zahlungs-Bedingungen.

Albert Himmen-Halver
— Fernsprecher 581 —

Conr. Issel
Halver, Berlinerstr.

empfiehlt sein

**Herren-Maß- und
Konfektionsgeschäft.**
Woll-, Weiß- und Kurzwaren.

Nähmaschinen

Phönix
die altbekannte und
bewährte Marke von
160 Mark
an aufwärts, auch
zu günstigsten
Bedingungen.



Walchmalchinen

Cordes-Elektro-
Waschmaschine
komplett mit
Schnur und
Stecker
210 Mark.

Joh. Chr. Herdepe Söhne, Halver.

Radio — Spielwaren
Elektr. Licht- u. Kraftanlage
Koch-, Bügel- u. Heizapparate

Fahrräder und Zubehör
sowie Waschmaschinen

Große Auswahl in Beleuchtungskörper.

Gebr. Turck Halver

Stets großes Lager

in modernen
**Baus- und
Bänge-Uhren**
**Gold-, Silber-
und Schmuckwaren**
Geschenkartikel
in Kristall und Porzellan

Ernst Alte, Halver.

Telefon 291

Möbelhaus

Telefon 291

Gust. Wellenbeck, Halver

Lade zur diesjährigen

Weihnachts-Ausstellung

ein / Sie finden ein reichhaltiges Lager in
Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Küchen
formvollendet, jede Stil- und Holzart
Sofas, Chaiselongues und Einzelmöbel etc.
Kommen Sie zur zwanglosen Besichtigung. Überzeugen Sie sich selbst!
Reelle Bedienung / Zahlungsweise nach Wunsch / Staunend billige Preise

Empfehle für die Weih-
nachtsstage mein reich-
haltig. Lager in sämtl.

Tabakwaren

Außerdem gewähre ich
jedem Käufer bei Ab-
nahme von einer Ori-
ginalkiste

Zigarren
(Inhalt 50 Stück)

10% Rabatt.

Rob. Schilling, Halver, Berlinerstr. 47

Trotz Qualität billige Preise!

Erdnüsse Pfund 42 Pfg.,
Haselnüsse 72
Cocoonüsse Stck. 40

Paranüsse Pfund 60 Pfg.
Walnüsse 78
Pfeffernüsse 1/4 Pfd. 18

Reichhaltige Auswahl i. Bonbons, Schokoladen, Pralinen, Keks.
Süd-, Rot-, Rhein- und Moselweine.

la. Hessische Wurstwaren.

Schnettlers Lebensmittelhaus,
Halver, Kronprinzenstraße 26.

Wählen Sie

bei Ihren Weihnachts-Geschenken,
das Schöne mit dem Nützlichen verbunden,
schenken Sie Schuhe!

Empfehle in schöner Auswahl:

Sportstiefel

Schulstiefel

Kamelhaarschuhe

Schneeschuhe

Gamaschen usw.

Schuhhaus Erich Eichhoff, Halver
Berliner-Straße 7.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle ich

**Hausuhren, Regulateure, Küchen-,
Armband- und Taschenuhren usw.**

Schmuckwaren aller Art.

Trauringe, Brillen, Bestecke der Württem-
bergisch. Metallw.-Fabr. Geisling -Steige und
andere la. Firmen. **Geschenkartikel**
in Silber u. Kristall usw. Watten und Muntlon-

Alle die Waren kaufen Sie auch bei mir zu günstigen Zahlungs-
bedingungen (Teilzahlung). Besichtigen Sie zwanglos mein Lager.

**Franz Schneider, Uhrmacher-
meister, Halver.**

Otto Simon, Halver

Auf den Weihnachtstisch nur gute Ware!
Empfehle in guter Qualität und schöner Auswahl:
**Leib- und Bettwäsche, Strümpfe,
Socken in Wolle und Seide, Ga-
maschen, Pullover, Schlüpfer u.
Prinzeßröcke, Schürzen u. Schür-
zenstoffe, Tischdecken, Sandshuhe,
Binder, Kragen, Taschentücher,
Oberhemden, Nachthemden, Fro-
tierwaren usw. zu günstigen Preisen.**



Mitglied d. Bergischen
Schuh-
Einkaufvereingung
daher:
Billig d. Großeinkauf!

Fr. Loewen, Halver

Hagenerstraße 20.

Für den Weihnachtstisch

empfehle ich:

Damen- u. Herrenschuhe
in bekannten Qualitäten.

Filz- u. Kamelhaarpantoffel
in allen Preislagen.

Damen- u. Herrenstrümpfe

Schneestiefel
mit und ohne Reiß-
verschuß

Zum Weihnachtsfeste

empfehle prima

Hasfermast-Gänse,

sowie sämtliches

Wild u. Geflügel
zu äußerst billigen Preisen.

Bestellungen nimmt entgegen bis z. 22.12.

Otto Weber, Halver,
Frankfurterstraße 14.

Carl Kind jr.

Halver i. Westf.

Vorwerk- u. Anker-Velour-

TEPPICHE

Haargarnteppiche
in verschiedenen Qualitäten.

Haargarn u. Velour-Läufer
Linoleum

Polstermöbel nur a. eig. Werkstatt

Kompl. Wohnungseinrichtung.

Linoleum

Teppiche, Läufer, Vorlagen.

Salatum

Teppiche 2x3 mtr. 12,00 Mk.
Vorlagen 50x100 0,95

Haargarn

Teppiche und Läufer

Wachstuche

Puppenstuben-Tapeten

empfehle: Tapetenhaus

Walter Barking, Halver.



Entzückende
MANICURE ETUIS MARKE BRILLE
JEDES EINZELNE INSTRUMENT
ERSTKLASSIGES SOUNDER FABRIKAT

Zu haben bei:

Wilh. Bell jr.

Halver i. Westf.

Kirchstr. 5 : Fernr. 442

Hafer, Gerste, Hies, Mählung, Gerstenschrot
Mais, Maischrot, Weizen, grobe Weizen-
kleie, Geflügel-Körner-Mischfutter, Lege-
futter, Fischmehl, Pferde-Häcksel, Torf,
Pferde-Melasse mit u. ohne Hafer, Vieh-
salz, Koch- u. Butterfett, Korinthen und
Sultaninen, Erdnußmehl, Soyaeschrot,
Leinmehl, Zuckerschmelz Patent Steffen
Alle Arten **Kohlen, Koks,
Dünger, Briketts**

Bürger & Clausberg,

Halver, Telefon 328.

Regenschirme

in neuesten Dessins, großer Auswahl und bewährter Güte sind **Oskar Becker,**
stets besonders preiswert bei **Lüdenscheid.**

Die Sanierung der Agrargenossenschaften.

Die Rentenbank gibt 25 Millionen Mark.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankkreditanstalt hat beschlossen, bei den für die Rationalisierung und Sanierung landwirtschaftlicher Genossenschaften und genossenschaftlicher Organisationen notwendigen Maßnahmen durch finanzielle Beihilfe mitzuwirken. Diese Mitwirkung erstreckt sich auf folgende Maßnahmen:

1. Die Auflösung entbehrlich gewordener Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften und Zentralgeschäftsanstalten, deren Zusammenlegung sowie die erforderliche Verluftereinigung.
2. Die Abstoßung von Anlagewerten, die dem Geschäftsumfang nicht entsprechen.
3. Die Verringerung eines unverhältnismäßigen Personalapparates.
4. Die Abschreibung von Forderungen und sonstigen Vermögenswerten auf ein ihrem landwirtschaftlichen Wert entsprechendes Maß.
5. Die Gewährung von Krediten an genossenschaftliche Unternehmungen zu günstigeren als den geschäftsüblichen Bedingungen. Die Verluste und die Umstände, welche zu Abschreibungen führen, müssen grundsätzlich vor dem 1. April 1929 entstanden sein. Die Mitwirkung erfolgt in Gestalt einer finanziellen Beteiligung an den für die Rationalisierung und Sanierung landwirtschaftlicher Organisationen notwendigen Aufwendungen, und zwar dergestalt, daß aus den Zinsbeträgen, welche die Rentenbankkreditanstalt aus den über die Preußentasse gewährten Genossenschaftskrediten erhält, in zwölf Halbjahrsraten, im ganzen 25 Millionen Mark, vergütet werden. Die Halbjahrsraten für 1929 werden nachgezahlt.

Über die Verwendung der von der Rentenbankkreditanstalt bereitgestellten Mittel entscheidet eine aus dem Verwaltungsrat der Rentenbankkreditanstalt gebildete Kommission, bestehend aus den Herren Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Geh. Landesökonomierat Hoheneck und Regierungspräsident z. D. Dr. Kutschera.

Die Wege zum Kriege.

Aus der Vorgeschichte des Weltkrieges.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände hatte zu einem Vortragsabend eingeladen, auf dem Professor Dr. Übersberger-Wien, einer der Herausgeber der österreichischen *Altenveröffentlichung*, zur Vorgeschichte des Weltkrieges sprach. Gouverneur a. D. Schnee feierte die neue *Altenveröffentlichung* als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Aufhellung der Vorgänge, die zum Kriege führten. Der Vortrag von Professor Übersberger war infolgedessen besonders bemerkenswert, als er die schwierigen Umstände schilderte, unter denen die *Altenveröffentlichung* zu erfolgen hatte. Das *Altenwerk*, das am 1. Dezember in Wien erschienen ist, behandelt die Zeit von der bösnischen Krise 1908 bis zum 31. Juli 1914 in insgesamt acht Bänden mit 11 200 Urkunden. Die Bewertung der Urkunden war dadurch erschwert, daß die Vertragsgegner des Vertrages von St. Germain sich ein weitgehendes Recht der Einsicht und Entnahme von Urkunden gesichert hatten, ein Recht, das im Jahre 1920 sogar vertraglich festgelegt wurde. Die südslawische Regierung hat die Originaldokumente der kritischen Tage des Jahres 1914 entnommen und entgegen der vertraglichen Abmachungen bis zum heutigen Tage noch nicht zurückgegeben. Urkunden in großer Zahl sind von den Nachfolgestaaten auch schon publizistisch entgegen den Verträgen ausgewertet worden.

In einem fesselnden Vortrag schilderte dann Professor Übersberger auf Grund der von ihm und seinem Mitarbeiter, Ministerialrat Wittner, herausgegebenen Dokumente die österreichisch-ungarische Außenpolitik der Ära des Grafen Aehrenthal und der Ära des Grafen Berchtold. Bezüglich der bösnischen Krise räumen die *Alten* mit der Legende auf, als ob der damalige russische Außenminister Iswolski durch seine Kollegen bestogen oder überrumpelt worden sei. Allerdings hat das ziemlich brutale Vorgehen Aehrenthals den später so verhängnisvollen Haß Iswolskis entfacht. Sehr aufschlußreich waren auch die Ausführungen Professor Übersbergers über den Außenminister Berchtold, von dem er ein wesentlich günstigeres Bild entwirft, als es bisher bestand. Übersberger weist nach, daß Österreich im Juli 1914 über die Hintergründe, die Mitwisserschaft und die Mittäterschaft des Attentates von Serajewo genau orientiert gewesen ist. Es war Österreich bekannt, daß die Seele der Attentate Dragotin Dimitriewitsch von der „Schwarzen Hand“ war. Die ständige Sabotierung der Londoner Botschafterbeschlüsse durch den russischen Gesandten in Belgrad, Harlow, führte denn auch zur Ablehnung neuer Botschafterkonferenzbeschlüsse durch den Grafen Berchtold. Abschließend kommt Übersberger zu dem Ergebnis, daß die neue österreichische *Altenveröffentlichung* zu einer eingehenden Änderung des Urteils über die österreichisch-ungarische Vorkriegspolitik führen muß. Die Donaumonarchie befand sich damals nicht zuletzt auch infolge des Nichtverstehens ihrer Situation durch ihre Verbündeten in der Lage eines von allen Seiten gehegten Wildes, das sich zum letzten Kampf stellt.

Aufdeckung einer Verschwörung in Nanjing.

In Nanjing ist eine große Verschwörung aufgedeckt worden. General Tangschengschü mit seinem gesamten Stabe sowie eine Reihe führender Zivilisten wurden verhaftet. Im Besitze Tangschengschüs sollen schwer belastende Urkunden gefunden worden sein. Da er die Aufgabe hatte, über die Sicherheit der Nanjingregierung, insbesondere des Präsidenten Tschiang-tsai-schi, zu wachen, hat seine Verhaftung größte Überraschung hervorgerufen.

Die Leiche im Auto.

Tegner-Prozess im Frühjahr.

Wie verlautet, wird Kurt Erich Tegner in zehn Tagen von Straßburg nach Regensburg übergeführt werden. In dem Unterfuchungsverfahren gegen die mitverhaftete Kaffiererin Nagel haben sich bisher keine Anhaltspunkte für eine Schuld ergeben. Frau Tegner bestreitet nach wie vor, daß sie ihren Mann zu dem Mord angestiftet habe. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Regensburg wird wahrscheinlich im Frühjahr 1930 stattfinden.

Unschuldig im Zuchthaus.

Aufklärung eines Raubüberfalles nach 16 Jahren.

Zu dem Wiederaufnahmeverfahren in Sachen eines

Raubüberfalles, der im Jahre 1913 in Delmenhorst begangen wurde und wegen dessen zwei Brüder Schmidt und ein Händler Lehning unschuldig zu je 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, teilt die Justizabteilung des Oldenburg mit, daß die wirklichen Täter jetzt ermittelt worden sind. Es sind der Gärtner Mürke aus Bremen, der Maurer Fritz Martin aus Bremen, der Klempner Heinrich Seelamp aus Hastedt und ein Alfred Hirt aus Geisenheim am Rhein. Mürke und Martin sind verhaftet worden und haben ein Geständnis abgelegt. Seelamp ist durch vorzeitige Veröffentlichung gewarnt worden und geflüchtet. Alfred Hirt konnte noch nicht ermittelt werden. Er war bis 1921 in Düsseldorf ansässig; der jetzige Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Arbeit und Essen.

Das Mittagbrot an der Arbeitsstätte.

In den gewerblichen Betrieben bürgert sich immer mehr das Zusammenbringen der Arbeitskräfte auf eine möglichst kurze Spanne des Tages unter Einschlebung nur der notwendigsten Pausen ein. Diese Regelung der Arbeitszeit entspricht dem verständlichen Wunsch der Arbeitnehmer, nach Arbeitschluß möglichst viel freie Zeit für ihre Familie und ihre kulturellen Bedürfnisse zur Verfügung zu haben, und wird bedingt durch die, besonders in Großstädten, erforderlichen langen Anmarschwege von der Wohnung zur Arbeitsstelle. Gesundheitlich sind aber hiergegen Bedenken zu erheben, wenn nicht für eine ausreichende Ernährung der Arbeitnehmer innerhalb der Arbeitszeit gesorgt wird. Antritt der Arbeit mit leerem Magen, hastige Einnahme der Mahlzeit lediglich in Form mitgebrachter Butterbrote, Betäuben des Hungergefühls durch Rauchen in den kurzen Pausen sind unerwünschte Nebenerscheinungen der durchgehenden Arbeitszeit. Abhilfe kann hier durch zweckmäßig eingerichtete Fabrikkaffee- und Speisestellen werden, eine Notwendigkeit, die von einer größeren Anzahl von Betrieben bereits anerkannt wird und die auch auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Heidelberg betont wurde.

Leider hat es sich aber auch gezeigt, daß bestehende Fabrikkaffee- und Speisestellen nicht immer in dem erwünschten Maße von den Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden. Ob hier tatsächliche Unzulänglichkeiten vorliegen oder ob psychologische Gründe für die ablehnende Haltung der Arbeitnehmer maßgebend sind, läßt sich nicht immer einwandfrei ermitteln. Bekannt ist es aber z. B., daß Abwechslung in der Kost und freundliche Ausgestaltung der Speiseräume die Benutzung begünstigen, während ständiges Darbieten von Eintopfgewichten und kasernenartiges Aussehen der Speisefälle das Gegenteil bewirken.

Der preussische Handelsminister und die Sozialministerien der übrigen deutschen Länder werden daher im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, in nächsten Jahre diesen Verhältnissen bei ihren Fabrikbesichtigungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1930 eingehend darüber zu berichten. Sie sollen die Einführung von Fabrikkaffee- und Speisestellen sowie die Verbesserung bestehender Einrichtungen anregen, sich u. a. über die Ausgestaltung der Küchen und Speiseräume, über die Art der Speisen und die Benutzung der Einrichtungen durch die Arbeitnehmer unterrichten und sollen an Hand der von ihnen gemachten Erfahrungen aufklärend auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer einwirken.

Aus unserer Altenmappe.

Bohren ist ein Handwerk.

Der Kläger war seit dem 1. Oktober 1924 bei dem besagten Bürstenmachermeister A. auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages als Bürstenmacherlehrling tätig. Die Lehrzeit sollte drei Jahre betragen. Im Herbst 1925 wurde zwischen dem Vater des Lehrlings und dem Lehrherrn vereinbart und durch ein Schreiben des Lehrherrn dem Vater bestätigt, daß der Lehrling nur „Bohrerhandwerk“ erlernt und sonst in der weiteren Bearbeitung des Holzes unterrichtet wird. Nach Beendigung der Lehrzeit wurde der Kläger zur allgemeinen Gesellenprüfung der Bürstenmacher nicht zugelassen. Er arbeitete noch bis zum 10. Mai 1928 bei dem Beklagten als Bohrer.

Mit der Behauptung, von dem Beklagten arglistig getäuscht zu sein, da er mit einer bloßen Ausbildung als Bohrer keine Gesellenprüfung ablegen könne, und dadurch beim Beklagten kein Handwerk erlernt zu haben, verlangt der Kläger nunmehr vom Beklagten Schadenersatz in Höhe von 6756 Mark nebst 6 Prozent Zinsen.

Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht Berlin haben die Klage abgewiesen. Auch eine einseitige Spezialausbildung, wenn dafür auch keine Gesellenprüfung abgelegt werden könne, sei ein Handwerk. — Das Reichsarbeitsgericht hat die gegen das Urteil gerichtete Revision zurückgewiesen, da ein Rechtsirrtum in diesem Urteil des Landesarbeitsgerichts nicht zu finden sei.

Sind „Werbedamen“ Handlungsgehilfen?

Bei der Firma T. u. S., die eine Radiohandlung betreibt, war die Klägerin als „Werbedame“ eingestellt. Sie bereiste das Stadtgebiet, mußte sich aber täglich einmal zur Berichterstattung und Kontrolle im Bureau der Firma einfinden. Sie erhielt täglich 5 Mark Auslösung und ferner 4 Mark Provision für jeden von ihr verkauften Apparat.

Die Klägerin, die ohne Kündigung entlassen wurde, erhebt Anspruch auf die gesetzliche Mindestkündigungsfrist und fordert Gehaltsnachzahlung für einen Monat nach Entlassung. Sie vertritt die Auffassung, daß sie Handlungsgehilfin und nicht Agentin gewesen sei. — Während vom Arbeitsgericht die Klage abgewiesen worden ist, hat das Landesarbeitsgericht, das die Handlungsgehilfeneigenschaft für vorliegend erachtete, der Klage stattgegeben. — Das Reichsarbeitsgericht hat die Revision der Beklagten zurückgewiesen. Es handelte sich hier um einen Grenzfall. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts sei nicht zu beanstanden.

Die gepfändeten Maulesel.

Das Landgericht Halberstadt verurteilte den Pferdehändler August W. wegen Pfandbruchs zu einer Geldstrafe von 50 Mark oder fünf Tagen Gefängnis. Der Angeklagte hatte zwei Maulesel gekauft, aber nicht bezahlt, und die liefernde Firma hatte sich das Eigentum an den Tieren vorbehalten. W. verkaufte die Maulesel weiter an einen gewissen Z.; die Hauptbesitzerin aber ließ die Tiere bei Z. beschlagnahmen. Z. zahlte darauf

den Kaufpreis an die Firma und blieb im Besitz der umstrittenen Tiere. W. war über diesen Verlauf der Dinge sehr erzürnt und als er unterwegs dem mit den beiden Mauleseln bespannten Wagen des Z. begegnete, spannte er kurzerhand die Tiere aus und führte sie in seinen Stall. Nun erstattete Z. Anzeige und erwirkte die Beschlagnahme gegen W., die rechtsgültig durch den Amtsvorsteher selbst ausgesprochen wurde, allerdings, ohne daß er die Tiere zu Gesicht bekam. Trotz dieser Pfändung brachte W. die Maulesel fort und verkaufte sie wiederum. Damit machte er sich im Sinne des Paragraphen 137 Str. G. B. strafbar. Die von dem Angeklagten eingelegte Revision hat der Erste Strafsenat des Reichsgerichts verworfen. Die Beschlagnahme sei rechtlich wirksam gewesen, denn die Vollziehungsbehörde hatte auf Grund ihrer allgemeinen Befugnisse das Recht, durch Beschlagnahme die Ausführung einer strafbaren Handlung zu verhindern.

Der schadhafte Gasbadeofen.

Die Tochter einer Witwe, die bei einer Familie in Frankfurt a. M. als Stütze in Stellung war, wurde eines Tages tot in der Badewanne aufgefunden. Der Tod des Mädchens war durch Ausströmungen aus dem Gasbadeofen, dessen Abzugsrohrklappe verschlossen war, herbeigeführt worden. Ein Monteur der Frankfurter Installationsgesellschaft, die für die Frankfurter Gasgesellschaft alle Arbeiten ausführt, hat vierzehn Tage vor dem Unfall den Gasbadeofen repariert, hat aber dabei die gefährliche Abzugsrohrklappe, die den polizeilichen Vorschriften widerspricht, nicht entfernt. Die Witwe, die von ihrer Tochter unterrichtet wurde, hat gegen die Installationsgesellschaft Schadenersatzanspruch erhoben, da diese sich einer schuldhaften Unterlassung und der Verletzung ihrer Aufsichtspflicht schuldig gemacht habe. Sie fordert eine Rente von monatlich 30 Mark und Erstattung der Beerdigungskosten. Das Landgericht hat nach Klage-

antrag erkannt. Das Oberlandesgericht hat jedoch die Klage abgewiesen, da für die Beklagte keine Verpflichtung bestanden habe, die fehlerhafte Gasanlage zu beseitigen. Diese Verpflichtung treffe vielmehr die Frankfurter Gasgesellschaft. Der Sechste Zivilsenat des Reichsgerichts als Revisionsinstanz hat das Urteil aufgehoben und den Fall zur erneuten Prüfung und Verhandlung an den Zweiten Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt zurückgewiesen.

Von der Schreibmaschine aufs Standesamt

Das Bureau als Sprungbrett zur Ehe.

Wenn das Reich und die Länder interessante und lehrreiche Statistiken herausgeben, können die großen Kommunen natürlich nicht zurückbleiben. Eine jede hat ihr „Statistisches Amt“, und wenn ein solches Großstadtsamt sich einmal in die Karten gucken läßt oder aus seinen Karten einiges zum besten gibt, kann man sich damit meist ganz angenehm unterhalten. Oder gibt es vielleicht ein weiteres Thema als die amtliche „Erfassung“ der Damen, die im Laufe eines Jahres unter die Haube — obwohl es ja so was schon längst nicht mehr gibt — kommen? Wer sind sie? Was waren sie bisher? Aus welchen Schichten, Ständen und Berufen kommen sie? Eine in mehrerer Hinsicht fesselnde Antwort auf alle diese Fragen findet man in einer kürzlich erschienenen Ehestatistik der Stadt Berlin. Diese Statistik umfaßt das Jahr 1928 und ist überaus charakteristisch: sie lehrt nämlich, daß die weitaus größte Aussicht, in den Stand der Ehe zu treten — wie das etwas feierlich genannt wird —, bis auf weiteres die in Berufen tätigen Frauen, also nicht die Haustöchterchen, die daheim auf dem Familiensofa sitzen und sich und die anderen langweilen, haben.

Nun wird man ja mit einigem Rechte sagen können, daß das kaum wundernehmen könne, da ja heutzutage ein sehr, sehr großer Teil der Mädchen- und Frauenwelt irgendwie beruflich engagiert sei. Aber bezeichnend ist es doch, daß von 46 030 Frauen, die im Jahre 1928 in Groß-Berlin heirateten, nicht weniger als 36 499 aus Berufen in die Ehe hineingekommen und zum großen Teil wahrscheinlich auch noch nach der Eheschließung im Beruf geblieben sind. Nur etwas mehr als 20 Prozent derer, welche geheiratet haben, waren direkt von Müttern und nicht vom „Chef“ zum Gatten gekommen, aber auch diese Zahl ist sicher noch zu hoch gegriffen, da viele von den mehr oder minder glücklichen Bräuten erst kurz vor dem Standesamt ihren Beruf aufgegeben haben dürften, um sich für die Ehe einigermaßen vorbereiten zu können, was ja bei dauernder geschäftlicher Tätigkeit mit einigen Umständen verknüpft ist.

Von den 36 499 „beruflichen Heiratskandidatinnen“ nun kamen 9818 aus kaufmännischen Betrieben. Stenotypistinnen waren sie und Sekretärinnen und Buchhalterinnen und Verkäuferinnen. Also kurz: gut: Bureau und Laden und Kontor stellten das Hauptkontingent der Bräute. Ahnst du was? Natürlich ahnt man was! Wo männliche und weibliche Angestellte zusammen wirken, finden sich leicht Antiklippspunkte, spinnen sich leicht zarte Fäden herüber und hinüber, und der Rest ist Ehe, kann es wenigstens sein. Selbst Chefs werden geheiratet — als Sekretärin mit „prima Referenzen“ kommt man, als „Chefsenke“ verläßt man das Bureau. Neben dieser Kategorie von Bräuten stehen 6724 Bräute, die als Arbeiterinnen, Lehrlinge und Handlungsgehilfinen in den Listen geführt wurden, woraus man erieht, daß Handwerk auch in dieser Beziehung einen goldenen Boden hat und daß Arbeit nicht schändet. Das werden auch die 5772 Hausgehilfinen, Kammerfrauen, Köchen usw., die im Jahre 1928 in Berlin ihren Mann gefunden haben, bestätigen können.

Und die anderen berufstätigen Frauen, die den Gang zum Standesamt antreten dürfen, wer waren sie? Oh, da gibt es vielerlei! Beamtinnen von der Post, vom Telegraphenamt und vom Telefon — hoffentlich haben diese letzteren für sich nicht eine falsche Verbindung hergestellt —, Schauspielerinnen und Filmbildner, die ein norddeutscher Theaterdirektor kürzlich etwas respektlos und ungerecht „Nimmerdamen“ genannt hat, selbständige Schneiderinnen und Modistinnen mit eigenen „Ateliers“, Lehrerinnen und Bibliothekarinnen, Ärztinnen und Zahnärztinnen, Krankenschwestern und Hebammen. Viele waren es ja nicht, die aus diesen Berufen zur Ehe gelangten — die Zahlen blieben hier durchweg unter 100 —, aber man muß bedenken, daß die zuletzt genannten Berufe ja nicht gerade überfüllt sind, wenigstens zurzeit noch nicht. Aber das Bureau, wie gesagt, das hat es in sich: wie von den alten napoleonischen Soldaten jeder den Marschallstab im Tornister trug, so trägt von den Stenotypistinnen und den angrenzenden Berufskategorien jede sozusagen den Trauring in der Handtasche!